



ARCHIVJOURNAL

Neuigkeiten aus dem
Staatsarchiv Hamburg

Ausgabe 2/2022

INHALT

Lieblingsarchivale Udo Schäfer	2-3
Straßenamen in Hamburg Jessica von Seggern	4
Notfallboxen Eva Kraemer	5
Neuerschließung Amtsgericht Bergedorf Thomas Throckmorton	6
Fotografenfamilie J. Hamann Nina Schwenke	7
Über das Altonaer Museum ins Staatsarchiv Kirsten Eckardt, Jenny Kotte	8
Digitalisierung hamburger Tageszeitungen Alexandra Quauck	9
Verschickungskinder Eike Daniel Loeper	10
Personal	11
Ankündigung	11
Impressum	11

TITELSEITE

Das Titelbild zeigt Werkzeuge zur schnellen Erstversorgung von havariertem Archivgut: Tuschschwamm und Mikrofasertuch zur Trocknung; Bürsten und Pinsel zur Abnahme von Schmutz; Mullbinden zum Einbinden von nassen Büchern, um Aufquellen des Buches zu verringern; Wäscheleine zum Aufhängen von nassen Fotos zur Trocknung.

Unsere Lieblingsarchivalien: Teil 1 der neuen Serie Quellen des 14. Jahrhunderts zu Prozessen vor der Audientia Causarum Palatii zu Avignon

„Im Namen des Herrn amen. Vor einer Weile hat der Heiligste Vater und unser Herr, Herr Benedikt XII., durch göttliche Klugheit Papst, die Rechtssache oder die Rechtssachen der Berufung oder der Berufungen und des Ausgangsprozesses, die zwischen den vornehmen Herren, den Herren Bürgermeistern und Ratsherren zu Hamburg in der Diözese Bremen, auf der einen Seite und den ehrwürdigen Herren, Dompropst Erich, Domdekan Johannes und den Domherren und dem Domkapitel der Kirche Sankt Marien zu Hamburg, auf der anderen Seite über manche Grundstücke, Abgaben, Renten, Rechte, Gerichtsbarkeiten und Strafen der Exkommunikation und andere Urteile sowie die Nichtigkeit der Prozesse und mancher Urteile und andere Angelegenheiten und bei deren Gelegenheit bewegt wurden oder erwartet wurden, bewegt zu werden, uns, Alanus de Gars, Dekan der Kirche St. Brieuç, seinem Kaplan und Auditor der Prozesse des Heiligen Apostolischen Palastes – damals ersten Grades – übertragen, um auf Antrag des Prozessvertreters derselben Bürgermeister und Ratsherren mit allen zum Vorschein kommenden Abhängigkeiten und Verbindungen zu hören und zu entscheiden und ohne Verzug Prozesstermine zu bestimmen.“

Mit der Invocatio „Im Namen des Herrn amen“ und dem anschließenden Satz beginnt das Endurteil erster Instanz in einem Prozess zwischen dem Rat der Stadt Hamburg und dem Domkapitel zu Hamburg des Erzbistums Bremen. Der Prozess wurde in erster Instanz in den Jahren 1338 bis 1340 geführt. Dem ersten Satz des Endurteils lassen sich schon wesentliche Informationen über den Prozess entnehmen: Papst Benedikt XII. (1334–1342) hatte das Verfahren dem Auditor Causarum Palatii Alanus de Gars als Richter übertragen. Mit dem Rat als Kläger und dem Domkapitel als Beklagten werden die Prozessparteien benannt. Darüber hinaus wird der Streitgegenstand in einer Art und Weise beschrieben, die die Komplexität des Tatsachen- wie des Rechtsstoffes erkennen lässt. Das Domkapitel zu Hamburg stellte neben dem Domkapitel zu Bremen das zweite Domherrenkollegium der Erzdiözese und des Erzstifts Bremen dar. Allerdings hatte das Bremer Domkapitel seinen Vorrang innerhalb dieser besonderen kirchenrechtlichen Konstruktion bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts durchgesetzt. Dem Prozess gingen Verfahren vor kirchlichen Gerichten in Bremen und Lübeck voraus. Er wurde in den Jahren 1340 bis 1345 in zweiter und dritter Instanz fortgesetzt. Allerdings wurden die Konflikte zwischen Rat und Domkapitel erst im Jahre 1356 durch einen Vergleich beigelegt.

Der als Jacques Duèse in Cahors geborene Papst Johannes XXII. (1316–1334) hatte von 1310 bis 1312 das Amt des Bischofs von Avignon inne und bestimmte zu Beginn seines Pontifikats Avignon an Stelle von Rom zur Residenz der Päpste. Erst 60 Jahre später verlegte Papst Gregor XI. (1370–1378) die Residenz zurück nach Rom. Während des Pontifikats Papst Johannes' XXII. entwickelte sich aus dem Kollegium der Auditores die Audientia Causarum Palatii. Dieses als Rota bekannte hohe kirchliche Gericht besteht bis heute.

Seit dem Jahre 1215 bestimmte das kanonische Recht, dass alle vor einem kirchlichen Gericht – in mündlicher oder schriftlicher Form – vorgenommenen Verfahrenshandlungen zu protokollieren seien. Vor der Audientia Causarum Palatii vorgenommene Verfahrenshandlungen wurden von einem Notar in eine Niederschrift aufgenommen, von der im Interesse des Gerichts eine Urschrift und – auf Antrag – im Interesse der Parteien mindestens jeweils eine Ausfertigung hergestellt wurde. Die von der mittelalterlichen Rechtswissenschaft als „acta“ bezeichneten Niederschriften sind die Prozessakten.

Allerdings wurden die Prozessakten nicht als Sammlung einzelner Schriftstücke auf separaten Trägern, sondern als Amtsbuch angelegt und geführt. Unter Amtsbüchern sind auf dem Prinzip der Lagenbildung beruhende, vorgefertigte Beschreibräume zu verstehen, in denen schriftliche Aufzeichnungen als Einträge vorzunehmen waren. Im Vergleich zu einer Sammlung einzelner Schriftstücke verfügte ein Amtsbuch über ein höheres Maß an Stabilität.

Im Archivio Segreto Vaticano setzt die Überlieferung der Audientia Causarum Palatii im Wesentlichen erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ein. Das Staatsarchiv aber verfügt bereits aus den Jahren 1338 bis 1348 über 17 Prozessakten dieses Gerichts. Sie sind in dem sich über drei Instanzen erstreckenden Hauptprozess zwischen Rat und Domkapitel und in mehreren Nebenprozessen entstanden. Die Prozessakten sind in den Bestand 111-1 Senat unter einer als Acta Avinionensia bezeichneten Klassifikationsebene eingeordnet worden. Dabei handelt

es sich um Ausfertigungen, die den Prozessparteien erteilt worden sind, oder um Abschriften, die die Prozessvertreter von den Ausfertigungen haben herstellen lassen. Auf Grund der Auslagerung während des Zweiten Weltkrieges und sich anschließender Verbringungen befanden sich 13 Akten bis 1990 in der UdSSR und vier Akten bis 1987 in der DDR. Die im Jahre 1975 als Teil 2 des Werks „Rat und Domkapitel von Hamburg um die Mitte des 14. Jahrhunderts“ veröffentlichte Edition des Prozessschriftguts erweist sich daher über weite Strecken nicht als Edition der Prozessakten, sondern als Rekonstruktion des Prozessverlaufs. Der Edition lagen Mikrofilmaufnahmen zu Grunde, die das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam zur Verfügung gestellt hatte. Die Aufnahmen umfassten neben den vier Akten Notariatsinstrumente und andere Aufzeichnungen auf separaten Trägern.

- Udo Schäfer



Endurteil im Prozess erster Instanz vor dem päpstlichen Auditor Alanus de Gars, 1340

Straßennamen in Hamburg im Kontext erinnerungspolitischer Diskussionen

Die Namen von Straßen und Plätzen dienen in erster Linie der Orientierung im Stadtraum und sorgen dafür, dass ein Ort anhand seiner Adresse eindeutig beschrieben werden kann. Daneben sind sie im Stadtbild Hamburgs auch Repräsentanten eines kollektiven Gedächtnisses [1], das sichtbar macht, woran eine Gesellschaft erinnern möchte. Dies führt dazu, dass Straßennamen immer wieder im Fokus erinnerungspolitischer Diskussionen stehen, denn mit den Veränderungen von Gesellschaften geht auch eine Änderung dessen einher, woran erinnert werden soll. Ein Schwerpunkt dieser Diskussion lag in den letzten Jahren in verschiedenen Städten auf der Verbindung von Namensgebenden zum Nationalsozialismus oder zum Kolonialismus.

Umbenennungen sind grundsätzlich Ausnahmen, wenn aber Ehrungen nicht mehr mit den Wertvorstellungen einer Gesellschaft vereinbar erscheinen, sind Umbenennungen nicht nur möglich, sondern geboten. In Hamburg wurden seit 1985 bereits mehrere Straßennamen aufgrund einer NS-Belastung aufgehoben, beispielsweise die Georg-Bonne-Straße, die Pfitznerstraße, die Max-Nonne-Straße oder die Konjetznyastraße. In einer ersten Untersuchung hat David Templin 2017 58 Benennungen, deren Namensgebende möglicherweise NS-belastet sind, untersucht. Eine 2020 von der Behörde für Kultur und Medien eingesetzte Kommission [2] hat auf dieser Grundlage insgesamt 25 Benennungen intensiv diskutiert und die dahinterstehenden Biographien bewertet. In elf Fällen hat die Kommission eine Umbenennung empfohlen sowie in elf weiteren Fällen eine Ergänzung durch Erläuterungen.

Neben dieser Betrachtung der Einzelbiographien hat die Kommission Kriterien entwickelt, die eine Umbenennung oder Kontextualisierung erforderlich machen. Dazu gehört beispielsweise, dass die Person Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder ihr Handeln bewusst eine bleibende Schädigung anderer Menschen herbeigeführt hat. [3]

Im Rahmen der Diskussion wurde deutlich, dass nicht nur die Umbenennung ein wichtiges erinnerungspolitisches Signal ist, sondern dass diese auch dokumentiert werden muss, so dass die Historie einer Straßenbenennung nachvollzogen werden kann. Es geht nicht darum, einen belasteten Straßennamen aus dem kollektiven Gedächtnis

der Stadt zu löschen, sondern es soll eine Auseinandersetzung stattfinden, die in einer Aberkennung der Ehrung, aber auch in einer kritischen Erläuterung des Handelns der namensgebenden Person münden kann. Hierbei ist es wichtig, die gesamte Biographie und auch die Auseinandersetzung der Namensgebenden mit ihren Lebensläufen zu berücksichtigen.



Die Empfehlungen der Kommission bilden keinen Abschluss, sondern dienen als Anstoß für die Diskussionen in den Bezirken und ermöglichen eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, woran in Hamburg erinnert werden soll. Parallel wird diese Diskussion in der Stadtgesellschaft auch zum Umgang mit nach kolonialen Akteurinnen und Akteuren benannten Straßen geführt. [4]

• Jessica von Seggern

[1] Frese, Matthias, Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Fragestellungen und Diskussionspunkte, in: Ders. (Hg.), Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 9-19, hier S. 9.

[2] Mitglieder der Kommission waren Dr. Rita Bake, Prof. Dr. Detlev Garbe, Senatorin a. D. Christa Goetsch, Senatorin a. D. Dr. Herlind Gundelach, Prof. Dr. Rainer Nicolaysen, Prof. Dr. Miriam Rürup, Staatsrat a. D. Hans-Peter Strenge und Prof. Dr. Malte Thießen.

[3] Die Kriterien sind nachzulesen auf S. 12 der Empfehlungen: www.hamburg.de/contentblob/15965308/42f8b816a275aab-f9fe62f9e3f8a981a/data/empfehlungen-kommission-ns-belastete-strassennamen.pdf

[4] Um diese Diskussion aufzunehmen, hat das Staatsarchiv im September 2021 ein Symposium zum Umgang mit Kolonialen Straßennamen organisiert: www.hamburg.de/bkm/strassennamen/15345630/symposium-koloniale-strassennamen/

Die Notfallboxen des Staatsarchivs Hamburg

Eine der größten Gefahren für Archivgut ist Wasser, das entweder durch eine undichte Gebäudehülle, durch Rohrbrüche, durch ausgelaufene Luftbefeuchter oder durch Überschwemmung in das Gebäude dringt. Was macht Wasser so gefährlich für unsere Akten, unser gebundenes Schriftgut, unsere Pläne, Fotos und Filme? Es befeuchtet oder durchnässt, macht dadurch Papier empfindlich gegen mechanische Belastung, kann Verklebungen, Fotooberflächen, Tinten anlösen, zu Verblockungen von ganzen Akten führen und Schimmelwachstum begünstigen. Wenn die Archivalien dann nicht schnell, innerhalb von ca. 24 bis 48 Stunden, fachgerecht versorgt werden, kann das zu Substanzverlust führen, zu Unbenutzbarkeit und damit zum Verlust von Informationen.

Bei plötzlichem Wassereintritt können schon im Voraus präventive Maßnahmen getroffen werden. Dazu gehört auch, Notfallmaterial vorzuhalten. Das Staatsarchiv besitzt hierfür sechs Notfallboxen, die mit den wichtigsten Materialien gefüllt sind, damit im Notfall alles griffbereit ist. Feuchtes oder nasses Archivgut wird je nach Art des Archivguts und der anfallenden Menge getrocknet oder feucht/nass verpackt und dann weiterbehandelt.

Die Notfallboxen des Staatsarchivs sind thematisch gegliedert. Es gibt zwei unterschiedliche Arten von Boxen: Die beiden Boxen für Arbeitsschutz und Dokumentation/Arbeitsplatz sind Gitterboxen, die geleert auch für den Transport von nassem Archivgut verwendet werden können. Durch den durchbrochenen Boden und die Wände kann Wasser gut ablaufen. Die restlichen vier Boxen sind geschlossene Kunststoffboxen.



Notfallbox für Dokumentation und Arbeitsplatz

Arbeitsschutz:

Persönliche Schutzausrüstung für die Helfenden: verschiedene Handschuhe, Masken als Schutz gegen Schimmel, Schürzen, Overalls, Kunststoffüberschuhe, Gummistiefel, Desinfektionsmittel (Flächen/Hände) und Erste-Hilfe-Material für kleinere Verletzungen.

Dokumentation und Arbeitsplatz:

Zu gut eingerichteten Notfall-Arbeitsplätzen gehört, dass Bereiche mit Absperrband separiert werden können, Türkeile, um Transportwege offen zu halten, verschiedene Lampen und Stromkabel und laminierte Anleitungen, wie welches Archivgut versorgt wird. Außerdem: Stifte und Papier zur Dokumentation und Beschriftung von Kisten und verschiedene Werkzeuge wie Schraubendreher, Cuttermesser, Scheren und Falzbeine.

Erstversorgung, Reinigung, Verpackung:

Verschiedene Microfasertücher, Schwämme und verschiedene Papierhandtücher zur oberflächlichen Trocknung des Archivguts. Fotos werden dagegen entweder auf Vliesen oder – bei Platzmangel – mit Wäscheklammern an einer Wäscheleine getrocknet. Pinsel und Bürsten sind zur Abreinigung von Oberflächenschmutz gedacht und Mullbinden zum Bandagieren von Büchern, damit sie durch das Wasser nicht aufquellen. Außerdem: Verpackungsmaterial für kleinformatiges Archivgut und Klebebänder.

Verpackung (3 Boxen):

Vliese sind zur Trocknung gedacht, darauf werden z. B. Urkunden oder Fotos getrocknet. Luftpolsterfolie dient als Zwischenlage bei der Verpackung, Beutel mit Druckverschluss und offene Kunststoffsäcke in verschiedenen Größen zur Verpackung von Archivalien, Stretchfolie zum Einstretchen von z. B. Aktenkonvoluten und gebundenem Schriftgut. Müllsäcke sind für Müll oder als Verpackungsmaterial zweckentfremdbar (Vorsicht: nicht ausversehen wegwerfen!), aufgeschnitten als Schutz für unbeschädigtes Archivgut etc.

Alles Archivgut, das nicht direkt getrocknet werden kann oder sollte, wird, nachdem es mithilfe des Inhalts der Notfallboxen verpackt wurde, in Kisten oder Boxen auf Paletten gestapelt und dann mit Kühltransportern in Kühllhäuser verbracht. Einmal gefroren erfolgt die Gefriertrocknung als schonendste Methode der Trocknung v. a. von Archivgut aus Papier.

- Eva Kraemer



Die sechs Notfallboxen des Staatsarchivs auf ihren Rollwägen

Neuerschließung des Bestandes 415-7 Amtsgericht Bergedorf

Vor einiger Zeit wurde der Bestand 415-7 Amtsgericht Bergedorf neu verzeichnet und ist nun im Online-Findmittel des Staatsarchivs Hamburg recherchierbar. Das Gericht wurde im Jahr 1855 gegründet und war zuständig für die Stadt Bergedorf sowie die Vierlande, also Neuengamme, Altengamme, Kirchwerder, Curslack und Geesthacht. Dabei wechselten die Aufgaben in Abhängigkeit zu sich verändernden Herrschaftsverhältnissen und Justizreformen.

Der Bestand hat derzeit eine Laufzeit von 1843 bis 1974 und bildet die gesamte Zuständigkeit des Amtsgerichts ab: Er umfasst u. a. Grundbuchsachen, das Registerwesen, Nachlasssachen, Bekanntmachungen (sogenannte Proklame), öffentliche Verkäufe, Konkursachen, das Vertragswesen, Testamente, Vormundschaftssachen, Zivilprozesse, Strafsachen, Kriminaluntersuchungen und das zwischen 1869 und 1879 bestehende Polizeigericht. Der größte Teil des Archivguts fällt in die Zeit bis 1879.

Durch seine Vielseitigkeit erlaubt der Bestand wertvolle und vertiefte Einblicke in die Alltags- und Kulturgeschichte in Bergedorf und den Vierlanden insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Lebenswelt war ländlich-agrarisch geprägt, wurde aber im zunehmenden

Maße von der Industrialisierung beeinflusst. Zivilprozesse zwischen Kättern um Hofgrenzen oder den Schadensersatz für den Verkauf eines kranken Schweins stehen ganz selbstverständlich neben Zeugnissen zu dampfbetriebenen Entwässerungsmühlen und ersten Fabriken. Die Akten zu Konkursen, Nachlasssachen und öffentlichen Verkäufen enthalten häufig Inventare und Auktionsprotokolle, die u. a. Aufschluss über die Sozialgeschichte und die materielle Kultur in der Region geben können. In Einzelfällen lassen sich Individuen über unterschiedliche Quellen und Fälle hinweg verfolgen. Darüber hinaus enthält der Bestand Informationen zum Justiz-, Deich-, Presse- und Vertragswesen, den Handel in Bergedorf sowie zum Firmen- und Vereinswesen. Zahlreiche Akten enthalten zudem Grundstückspläne und Grundrisse.

Somit ergänzt die Erschließung die bereits zugänglichen Bestände zu Bergedorf und den Vierlanden um zahlreiche Facetten und eröffnet neue Perspektiven und Auswertungsmöglichkeiten für lokalhistorische ebenso wie umfassendere Fragestellungen.

- Thomas Throckmorton



Die Druckschrift „Neuengamme und seine brennende Gasquelle“ war Gegenstand eines Strafprozesses wegen Übertretung des Pressegesetzes. Sie enthält u. a. eine – mit Zeichnungen geschmückte – Ausflugsempfehlung für die Vierlande bzw. Neuengamme.

Der Bestand der Fotografen Johann und Heinrich Hamann ist vollständig erschlossen

Die Hamburger Fotografen Johann H. W. Hamann (1859-1935) und sein Sohn Heinrich Hamann (1883-1975) hinterließen aus ihrer Wirkungszeit zwischen 1888 und 1966 – einer Zeitspanne von immerhin 78 Jahren – einen wahren fotografischen Schatz.



v.l.n.r.: Friedrich Hamann, Heinrich Hamann, Johann Hamann

Am 1. April 1889 eröffnete Johann Hamann sein Tageslicht-Atelier (2) im Gängeviertel. Hier entstanden, später auch zusammen mit seinem Sohn und Lehrling, unzählige herausragende Porträtaufnahmen.



Vater und Sohn fotografierten aber nicht nur Menschen, sondern auch die Stadt und mit besonderer Vorliebe den Hafen. Aber auch Fotos rund um die Alster durften nicht fehlen (3).

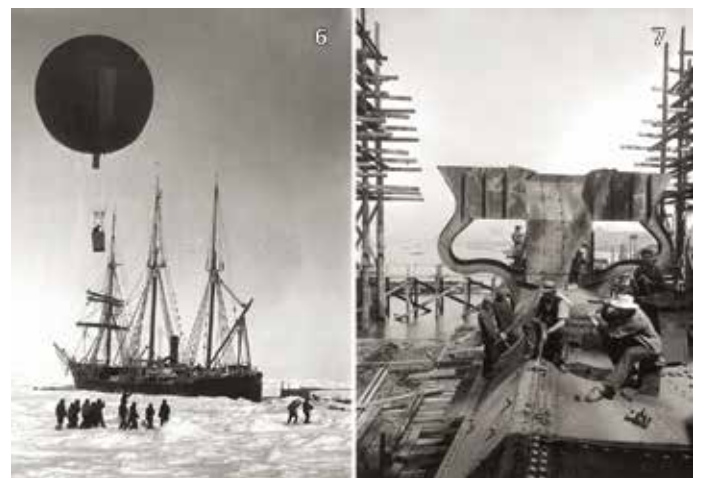
Im Jahre 1899 erhielt Johann Hamann von Albert Ballin (Generaldirektor der HAPAG-Reederei) den größten Auftrag seiner Firmengeschichte. Er sollte nicht nur alle Kapitäne der Firma porträtieren (4), sondern auch Innen- und Außenaufnahmen der HAPAG-Schnelldampfer erstellen. Größtenteils wurden diese mit dem Stereoskopie-Verfahren erstellt, welches dem Betrachter den Eindruck von räumlicher Tiefe vermittelt.

Die über 10.000 Aufnahmen im Bestand 720-1/343-1 Landesbildstelle/Denkmalenschutzamt Bildarchiv zeugen von dem hohen handwerklichen Können der beiden Fotografen. Es gibt weit über 8.000 schwarz-weiß Glasnegative vom Format 9x12 cm bis hin zu einer beachtlichen Größe von 34x39 cm. Auch umfasst der Bestand über 1.500 Papierabzüge, die teilweise sogar handkoloriert wurden.

Ein Glanzstück sind auch die 330 Aufnahmen, die auf den Auslandsreisen der „Hamburg-Amerika-Line“ aufgenommen wurden. Hier handelt es sich überwiegend um Color-Glasdias (190 Autochrome im Format 13x18 cm) sowie schwarz-weiß Glasnegative und Dias. Zu ihnen zählen z. B. Fotos aus Frankreich, Ägypten, der Türkei, Schweden, Norwegen, Griechenland, Italien und sogar dem Südpol.

Diese beiden Fotografen dokumentierten in eindrucksvoller Weise die Stadt Hamburg mit ihren Menschen, Straßen, Plätzen, dem Hafen, den Zoos, dem Schiffsbau (7) und vieles mehr.

- Nina Schwenke



(2) Familie Hamann im Tageslicht-Atelier; (3) Außenalster, koloriertes Dia; (4) Kapitän Nickels; (5) Orientfahrt: Beduinen stellen sich für Fotos auf; (6) ‚Deutsche Südpolarexpedition‘ Besatzung der ‚Gauss‘ im Eis; (7) Bau der ‚Imperator‘ (HAPAG)

Über das Altonaer Museum ins Staatsarchiv Hamburg

Für staatliche Aufzeichnungen gibt es einen klar bestimmten Weg: Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist müssen sie dem zuständigen öffentlichen Archiv übergeben werden oder – falls das Archiv keinen bleibenden Wert festgestellt hat – vernichtet werden. Leider kommt es immer mal wieder vor, dass staatliche Aufzeichnungen auf Abwege geraten. Im besten Fall fallen sie dabei aufmerksamen Kolleginnen und Kollegen in die Hände, so wie in diesem Beispiel: Im Januar 2022 hat das Altonaer Museum dem Staatsarchiv Hamburg mehrere Unterlagen ausgehändigt und sie damit auf den rechten Weg zurückgeführt. Dafür ganz herzlichen Dank!

Entbindungskosten

Zum Bestand 424-9 | Armenwesen Altona I wurde ein Vorgang genommen, der die durch das Armenwesen Altona gezahlte Entbindungs- und Verpflegungskosten für ein lediges Dienstmädchen beinhaltet. Anna Catharina Elsabe Kreuzfeldt hatte Ende März 1881 in der Altonaer Entbindungsanstalt einen Sohn zur Welt gebracht. Die Armenverwaltung Altona hatte bei der Heimatgemeinde der jungen Mutter, Schönberg in Mecklenburg, um die Übernahme der entstandenen Kosten gebeten. Schönberg wies diese Forderung ab mit dem Hinweis, die verwitwete Mutter der Betroffenen wohne nunmehr in Carlow (Mecklenburg). Da die Tochter den Unterstützungswohnsitz der Mutter teile, müsse sich die Altonaer Armenverwaltung dorthin wenden. Am 11. August 1881 wandte sich Altona an die Armenverwaltung in Carlow, mit der Bitte um Erstattung von 3 Mark mit dem Hinweis, dass der Lohn des Dienstmädchens Kreuzfeldt – 120 Mark pro Jahr – noch nicht einmal für den Unterhalt des Kindes ausreicht. Ein Antwortschreiben aus Carlow ist leider nicht überliefert.

Todesanzeigen

Drei fadengeheftete Aktenbände des königlichen Amtsgerichts zu Altona wurden dem Bestand 424-111 zugeordnet. Es handelt sich hierbei um Todesanzeigen für die Jahre 1898 und 1899. Sie waren offenbar einmal Teil einer größeren Serie. Eine der Todesanzeigen betrifft die Witwe Friederike Auguste Elisabeth Putzbach, 69 Jahre. Das Standesamt Altona I zeigte dem Amtsgericht Altona im August 1898 ihren Tod an. Das Gericht beauftragte daraufhin einen Gerichtsvollzieher mit der Einziehung von Erkundigungen: Hat die Verstorbene einen Nachlass hinterlassen? Wie heißen die Kinder und wo wohnen sie? Innerhalb von zehn Tagen übermittelte der Gerichtsvollzieher das Ergebnis seiner Recherche: Ein Verzeichnis der Nachlassgegenstände sowie Angaben zu beiden Erben.

Grundsteuermutterrolle Altona

Der Bestand 424-115 ist um einen Auszug aus der Grundsteuermutterrolle Altona-Süd ergänzt worden. Der Auszug – der zum Zweck einer Baugenehmigung erstellt wurde – enthält eine Handzeichnung betr. die Liegenschaften der Witwe Auguste Adolfine Georgine Doebereiner, geb. Neuber, Breite Straße/Vossenstraße von 1902 sowie einen Lageplan der gleichen Belegenheit der Erbgemeinschaft Doebereiner von 1919.

- Kirsten Eckardt
- Jenny Kotte



v.l.n.r.: Todesanzeigen (1898), Abhörungsbogen für das Dienstmädchen Anna Catharina Elsabe Kreuzfeldt (1881), Auszug aus der Grundsteuermutterrolle Altona-Süd (1902) mit Handzeichnung der Liegenschaft (1919), Todesanzeigen (1899)

Kooperation mit der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg bei der Digitalisierung hamburgischer Tageszeitungen

Zeitungsbestände bilden einen klassischen Überschneidungsbereich zwischen Bibliotheken und Archiven. Von verschiedenen hamburgischen Tageszeitungen sind in mehreren Bibliotheken – so auch in der Bibliothek des Staatsarchivs – Bestände vorhanden; diese einzelnen Bestände sind jedoch oft lückenhaft. Eine Kooperation hinsichtlich einer Digitalisierung von Zeitungs- bzw. Zeitschriftenbeständen fand in den vergangenen Jahren bereits im kleineren Rahmen zwischen der Bibliothek des Staatsarchivs und der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg (SUB) statt. Die Beteiligung an der DFG-Förderlinie stellt jedoch den mengenmäßig größten Beitrag an zu digitalisierenden Bänden dar.

Im Rahmen der DFG-Förderlinie „Digitalisierung historischer Zeitungen des deutschen Sprachraums“ wurden im vergangenen Jahr Zeitungsbestände verschiedener Hamburger Bibliotheken digitalisiert. Die DFG-Förderlinie umfasst drei Teilprojekte:

- **Hamburger und Altonaer Zeitungen der Aufklärung und ihre Fortsetzung im 19. Jahrhundert**
Hier wurden aus dem Bestand der Bibliothek des Staatsarchivs 35 Bände des Altonaischen Mercurius (1752-1815) sowie der Reichs-Post-Reuter (1 Band, 1761) digitalisiert.
- **Leitmedium „Hamburger Fremdenblatt“ 1863-1945**
mit 381 Bänden und 6 Konvoluten aus der Bibliothek des Staatsarchivs.
- **Parteipresse der Arbeiterbewegung 1875-1935 und des Nationalsozialismus 1928-1945 in Hamburg und Harburg**
mit den Zeitungen Hamburg-Altonaer Volksblatt, Gerichtszeitung, Hamburger Echo, Hamburger Volkszeitung, Norddeutsche Zeitung, Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend, Hamburger Tageblatt.



Hamburger Fremdenblatt im Original

Bevor die Bände zur Digitalisierung an die Dienstleistungen gingen, erfolgten mehrere umfangreiche Sichtungen der Bestände. Hier wurde auch ein besonderes Augenmerk auf den Erhaltungszustand der Zeitungsbände gelegt. Bände, die sich in einem desolaten Zustand befanden und bereits stark geschädigt waren, wurden nicht an einen externen Dienstleister gegeben, sondern über die Medienwerkstatt der SUB digitalisiert.

Die digitalisierten Zeitungsbestände sind mit maschineller Texterkennung (OCR) in Volltext transformiert worden, über die Verbundkataloge (GVK und Zeitschriftendatenbank) recherchierbar und werden voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2022 über die Website der SUB einsehbar sein (<https://digitalisate.sub.uni-hamburg.de/digitalisierte-bestaende/>).

- Alexandra Quauck



Hamburger Fremdenblatt vom 9. Juli 1927

Staatsarchiv übernimmt Unterlagen zu Verschickungskindern

Im Sommer 2021 sind dem Staatsarchiv Hamburg Unterlagen der Geschäftsstelle der Rudolf-Ballin-Stiftung e.V. (jetzt Ballin-Stiftung e.V.) und des vom Verein betriebenen Hamburger Kinderjugendhauses Wyk auf Föhr (jetzt Ballin Meerzeit Wyk auf Föhr) angeboten worden. Die Bewertung, welche aufgrund eines Schädlings- und Schimmelfalls erst im Frühjahr 2022 vorgenommen werden konnte, ist mittlerweile abgeschlossen. Zunächst soll das Material nun von einem externen Dienstleister gereinigt und verpackt werden, bevor es anschließend als Schenkung in den neu angelegten Vereinsbestand 611-20/40 Rudolf-Ballin-Stiftung e.V. übernommen wird.

Geschichte der Ballin-Stiftung

Die Gründung der Ballin-Stiftung geht zurück auf die in Wien geborene Sopranistin Eugenie Ballin, geborene Pappenheim. Zum Gedenken an ihren aus Hamburg stammenden Ehemann Rudolf Ballin vermachte sie in ihrem Testament den Städten Hamburg und Wien jeweils 10.000 US-Dollar, die bedürftigen Kindern zugutekommen sollten. Der Kaufmann Rudolf Ballin war Anfang der 1880er Jahre in die USA ausgewandert und 1922 in New York gestorben. Nach dem Tod von Eugenie Ballin, die zwei Jahre später in Los Angeles starb, wurde 1925 die gemeinnützige „Rudolf-Ballin-Stiftung“ gegründet. Deren Zweck war „die Errichtung und der Betrieb eines Heimes im Solbade Lüneburg, das der Heilung und Erholung gesundheitlich gefährdeter Kinder – in erster Linie aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung in Hamburg“ (351-8 Sozialbehörde – Stiftungsaufsicht, Nr. B 459). Die Einrichtung „Linden-Au“ wurde schließlich im November 1926 eröffnet und bot Platz für 150 Klein- und Schulkinder. Die Stiftung

war personell eng mit der Sozialbehörde verflochten, Präses und leitende Beamte der Arbeits- und Sozialbehörde bildeten den Vorstand. 1987 verschmolz die Stiftung mit dem „Verein für Kinder- und Jugendgenesungsfürsorge“. Seitdem ist die Ballin-Stiftung ein eingetragener Verein und auch heute noch Träger von u. a. Kinderkureinrichtungen in Timmendorfer Strand und Wyk auf Föhr.

Aktuelle Forschung

Insbesondere die beiden größten Kinderheime in Wyk auf Föhr und Lüneburg haben in den letzten Jahren erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Um die Geschichte ihrer Verschickungsheime aufzuarbeiten, hat die Ballin-Stiftung deshalb gemeinsam mit der Sozialbehörde eine Studie beauftragt, die von Prof. Dr. Johannes Richter und Prof. Dr. Sarah Meyer von der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie durchgeführt wird. Der Titel des noch bis Juli 2023 laufenden Forschungsprojekts lautet „Erfahrungen und Hintergründe der Verschickungskinder in den Einrichtungen des Vereins für Kinder- und Jugendgenesungsfürsorge und der Rudolf-Ballin-Stiftung Hamburg – 1945–1980“. Der Zwischenbericht ist im Dezember 2021 erschienen und online auf der Internetseite der Ballin-Stiftung abrufbar.

Aktenbewertung

Die Sichtung der angebotenen Unterlagen wurde unter der besonderen Berücksichtigung der aktuellen gesellschaftlichen Debatte über den Themenkomplex der Verschickungskinder vorgenommen. Ziel war es, sämtliche Unterlagen zu übernehmen, die Namen und Daten von Kindern sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern enthalten (u.a. Kurteilnehmerlisten, Taschengeldlisten, Dienstpläne, Stundennachweise, Urlaubskarten, Gehaltslisten, Lohnabrechnungsbögen, Bewerbungen und Zeugnisse), um so die Aufarbeitung von Einzelschicksalen zu ermöglichen. Damit soll sichergestellt werden, dass sich so lückenlos wie möglich belegen lässt, welche Kinder und welche Betreuerinnen und Betreuer in bestimmten Zeiträumen im Kinderheim Wyk auf Föhr untergebracht bzw. tätig waren. Außerdem wurden Unterlagen als archivwürdig bewertet, die Aufschluss über die Gesundheitszustände und die Verhaltensweisen der Kinder geben (z. B. Schadensunfallanzeigen, Ärztliche Gutachten, Rückkehruntersuchungen). Anhand von Jahres- und Geschäftsberichten, Wirtschafts- und Investitionsplänen sowie Sitzungsprotokollen soll darüber hinaus auch der Heim- bzw. Vereinsbetrieb dokumentiert werden. Die Erschließung wird im Anschluss an die Reinigung und Verpackung erfolgen, sodass die Heimakten zeitnah zugänglich gemacht werden können.

- Eike Daniel Loeper



Neuzugänge im Magazin: Vereinsunterlagen der Ballin-Stiftung

Personal

Sabine Carstensen ging zum 31. Dezember 2021 in den wohlverdienten Ruhestand. Sie war insgesamt 31 Jahre im Staatsarchiv tätig, zuletzt in der Beständeverwaltung im Referat ST13. Das Staatsarchiv wünscht für den Ruhestand alles Gute.

Arnd Kreibohm verstärkt seit 1. Januar 2022 das Referat ST21 Bürgerschaft, Senat, Inneres, Justizverwaltung, Fachgerichtsbarkeiten, Wirtschaft, Verkehr. Nach seinem Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Freien Universität Berlin und der Georg-August-Universität Göttingen arbeitete er im Stadtarchiv Goslar und in der Stadtverwaltung Amberg (in der Oberpfalz), dort als Leiter der Zentralregistratur.

Olaf Jänsch verstärkt seit 1. Februar 2022 die Fachliche Leitstelle „Erhaltung digitalen Archivguts, Archivische Fachinformationssysteme“. Nach dem Studium der Ingenieurwissenschaften und Kulturwissenschaften arbeitete er in den Bereichen Hardwareentwicklung und Systembetreuung und -pflege.

Sarah Walter ist seit 1. März 2022 in der Fachlichen Leitstelle „Transparenzportal Hamburg“ tätig. Zuvor hat sie im Kreisarchiv Stormarn gearbeitet. Berufsbegleitend studierte sie an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg Bibliotheks- und Informationsmanagement (B.A.) und schloss das Studium mit einem M.A. in Information, Medien, Bibliothek ab.

Jørgen Naskrent leitet seit 1. April 2022 die Fachliche Leitstelle „Transparenzportal Hamburg“ im Staatsarchiv. Der studierte Diplom-Medientechniker (FH) und Journalist hat seine Wurzeln im Digital-Agenturumfeld und arbeitete zuvor als Konzepter, Content-Strategie und Entwicklungsredakteur.

Norddeutscher Archivtag 2022

Der Norddeutsche Archivtag findet am 22. und 23. November 2022 im Rathaus der Stadt Stralsund statt. Beim Treffen der Archivarinnen und Archivare der fünf norddeutschen Bundesländer werden unter dem Konferenztitel „Kulturelles Erbe in der Digitalen Welt“ Projekte

zu Digitalisierung von Archivgut und digitaler Archivierung vorgestellt wie auch Themen der Bodendenkmal- und Denkmalpflege und die Folgen der Corona-Pandemie auf das Archivwesen behandelt.

Impressum

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Kultur und Medien
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg
newsletter@staatsarchiv.hamburg.de
www.hamburg.de/bkm/oeffentlichkeitsarbeit/3255730/
archivjournal-top/

Redaktion

Ragna Beyé, Yvonne Gerlach, Jenny Kotte, Udo Schäfer, Nina Schwenke

Satz und Gestaltung

Nina Schwenke

Das Heft erscheint halbjährlich im Selbstverlag.
ISSN (Online) 2700-4414
Redaktionsschluss 31. Mai 2022

Bildnachweis

Titel	Fotografin: Eva Kraemer
3	STAHH, 111-1 Senat, Nr. 1176
4	Fotografin: Anke Hönnig (Montage)
5	Fotografin: Eva Kraemer
6	STAHH, 415-7 Amtsgericht Bergedorf, Nr. 705
7	STAHH, 720-1/343-1 Landesbildstelle/Denkmal-schutzamt Bildarchiv, Nrn. H1000632 (Bild 1); Collage aus: H1000481 (Bild 2); HStereo1886 (Bild 3); H2000513 (Bild 4); HACD0022 (Bild 5); H2002805 (Bild 6); H3000438 (Bild 7)
8	STAHH, 424-9 I Armenwesen Altona I, Nr. 150a STAHH, 424-111 Amtsgericht Altona, Nrn. 15132, 15133 STAHH, 424-115 Katasteramt Altona, Nr. III B 1 a
9	Fotografin: Alexandra Quauck
10	Fotograf: Eike Daniel Loeper

Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg
Tel.: 040 428 31-3200
www.hamburg.de/staatsarchiv
ISSN (Online) 2700-4414



Hamburg

Behörde für
Kultur und Medien
Staatsarchiv